Niederschrift

über die 23. Sitzung des Rates der Stadt Sassenberg (2009-2014) am 18.09.2012 im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Josef Uphoff

die Ratsmitglieder

Arenhövel, Martin
Berheide, Werner
Borgmann, Christian
Buddenkotte, Wilhelm
Freiherr von Ketteler, Friedrich-Carl
Ostlinning, Ludger
Sökeland, Dieter
Völler, Wolf-Rüdiger
Westhoff, Alfons
Heseker, Ludwig
Lange, Martin
Laumann, Karola
Linnemann, Franz-Josef
Schulze Westhoff, Paul
Brinkemper, Ralf
Höft, Andreas
Schumacher, Albert
Westbrink, Norbert

-zu Pkt. 2 ztw., ab Pkt. 3-

es fehlen (entschuldigt):

Greiwe, Markus
Ostlinning, Helmut
Holz, Peter
Oertker, Herbert
Röhl, Philipp
Franke, Michael
Dahlhoff, Rolf
Philipper, Johannes

von der Verwaltung

Kniesel, Martin
Schlotmann, Theodor
Helfers, Helmut
Holtkämper, Guido
Nüßing, Günter

Bürgermeister Uphoff eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Rat ist beschlussfähig. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Der Bürgermeister hält sodann kurz fest, dass der WDR von der heutigen Sitzung, insbesondere von den Beratungen zu Pkt. 3 und Pkt. 4 der Tagesordnung, Filmaufnahmen anfertigen werde. Entsprechende Aufnahmen können im Verlauf der Sitzung festgestellt werden.

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Bürgermeisters

Entfällt.

2. Änderung der Zusammensetzung des Sozial-, Jugend-, Kultur-, Sport- und Schulausschusses und Wahl neuer Ausschussmitglieder

Anhand der Vorlage vom 05.09.2012 geht die Verwaltung auf die Berufung des Leiters der Sekundarschule und seiner Stellvertreterin als beratendes Mitglied bzw. dessen Stellvertreterin in den Sozial-, Jugend-, Kultur-, Sport- und Schulausschuss ein.

Einstimmiger Beschluss:

„Der mit Beschluss des Rates vom 27.10.2009 -Pkt. 7.1 d. N.- gebildete Sozial-, Jugend-, Kultur-, Sport- und Schulausschuss wird um ein beratendes Mitglied erweitert.

Der Leiter der Sekundarschule, Herr Stephanus Stritzke wird als beratendes Mitglied in den Sozial-, Jugend-, Kultur-, Sport- und Schulausschuss berufen. Die stellvertretende Schulleiterin, Frau Sigrid Peglau-Dieckmann, wird zur Stellvertreterin berufen.“

3. Bürgerbegehren gegen den Bebauungsplan "Stadtmitte" - Erweiterung Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens

Zunächst verliest der Bürgermeister die den Ratsmitgliedern zugegangene Vorlage vom 05.09.2012 im Wortlaut. Es wird festgehalten, dass die Voraussetzungen nach der Gemeindeordnung NRW gegeben seien und das Bürgerbegehren zulässig sei.

Weiter führt der Bürgermeister aus, dass die FDP-Fraktion in der heutigen Sitzung nicht vertreten sei. Seitens der FDP-Fraktion sei er daher gebeten worden, eine Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Bürgerbegehren bekannt zu geben. Die entsprechende Stellungnahme wird sodann vom Bürgermeister vorgelesen und ist als Anlage 1 dieser Niederschrift beigelegt.

Der Rat beschließt sodann einstimmig:

„Das Bürgerbegehren der Bürgerinitiative Sassenberg vom 10.08.2012 mit dem Ziel der Durchführung eines Bürgerentscheides zur Frage

„Soll der Beschluss des Infrastrukturausschusses des Rates der Stadt Sassenberg vom 14.06.2012 -Pkt. 5 d. N.-, den Bebauungsplan „Stadtmitte“ – Erweiterung – aufzustellen, aufgehoben werden?“

ist zulässig.“

4. **Bebauungsplan "Stadtmitte" – Erweiterung**
- Entscheidung über den Antrag des Bürgerbegehrens
- Ggf. Festlegung eines Abstimmungstages

Auf der Grundlage der Vorlage vom 06.09.2012, die den Ratsmitgliedern ebenfalls vorliegt, hält der Bürgermeister fest, dass nach dem vorhergehenden Beschluss über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens der Bürgerinitiative Sassenberg vom 10.08.2012 seitens des Rates zu entscheiden sei, ob dem Bürgerbegehren entsprochen werde. Unter Berücksichtigung der aktuellen Beschlusslage des Infrastrukturausschusses sollte dem Bürgerbegehren nicht entsprochen werden. Als Termin für die Durchführung eines Bürgerentscheides sollte in Anbetracht der notwendigen Vorlaufzeit der 18.11.2012 festgesetzt werden.

Mit 17 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen beschließt der Rat:

„Dem Bürgerbegehren der Bürgerinitiative Sassenberg vom 10.08.2012, den Beschluss des Infrastrukturausschusses des Rates der Stadt Sassenberg vom 14.06.2012 -Pkt. 5 d. N.-, den Bebauungsplan „Stadtmitte“ – Erweiterung – aufzustellen, aufzuheben, wird nicht entsprochen.

Der nach § 26 Abs. 6 Satz 2 GO NRW durchzuführende Bürgerentscheid findet am 18.11.2012 statt.“

5. **Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und überplanmäßigen Auszahlungen für die Durchführung eines Bürgerentscheides**

Anhand der Vorlage vom 06.09.2012 spricht die Verwaltung die Bereitstellung von Mitteln für die Durchführung des Bürgerentscheides an. Der entsprechende Beschlussvorschlag der Verwaltung wird bekannt gegeben.

Von Rm. Lange, Rm. Arenhövel und Rm. Sökeland werden die Kosten der Durchführung des Bürgerentscheides angesprochen, die bei Durchführung des Bürgerentscheides zusammen mit der letzten Landtagswahl angefallen wären. Hierzu nimmt kurz die Verwaltung Stellung.

Einstimmiger Beschluss:

„Im Produkt 02.06.01 -Wahlen und Abstimmungen, Statistik- werden zu Teilergebnisplan Position 16 -Sonstige ordentliche Aufwendungen- außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 10.000,00 € und zu Teilfinanzplan Position 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit- überplanmäßige Auszahlungen ebenfalls in Höhe von 10.000,00 € für die Durchführung eines Bürgerentscheides genehmigt.

Deckung: Minderaufwendungen bzw. Minderauszahlungen Zinsen im Produkt 16.01.02 -Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft-, Teilergebnisplan Position 20 -Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen- bzw. Teilfinanzplan Position 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit-.“

6. **Beantwortung von Anfragen von Ratsmitgliedern**

Anfragen liegen nicht vor.

7. Beantwortung von Anfragen von Zuhörern

Herr Christian Rath von der Bürgerinitiative Sassenberg spricht hinsichtlich der zuvor getroffenen Entscheidung über das Bürgerbegehren die nach der Gemeindeordnung hierzu mögliche Erläuterung des Antrages durch die Bürgerinitiative an. Hierzu führt der Bürgermeister aus, dass er auf Grund des Blickkontaktes während der Beratung des Tagesordnungspunktes davon ausgegangen sei, dass seitens der Bürgerinitiative eine Äußerung zum Bürgerbegehren nicht mehr gewünscht werde.